

Europagruppe GRÜNE

Bericht

aus unserem

1. Jahr

Inhalt

3 Ein Grüner New Deal für Europa

Eine erste Zwischenbilanz: grüne Initiativen in Wirtschaft und Finanzen, Klima und Erneuerbaren, Landwirtschaft, Demokratie und Kommunen.

15 Innen + Außenwelt = Eine Welt

Grüne Initiativen für Eine Welt: Europas Auswärtiger Dienst, die östlichen Nachbarn, Menschenrechte, Entwicklung und Migration, die Innen- und Justizpolitik

9 Grüne wollen Gutes Leben

Was macht das Leben lebenswert? Für ein gesundes Klima, starke Regionen, mündige VerbraucherInnen, umweltfreundlichen Verkehr und Europas Seele, die Kultur

19 Ausblick

20 Termine

Ein starkes Jahr ist das im Juni 2009 neu gewählte Europäische Parlament nun an der Arbeit. Mehr weichenstellende Europapolitik gab es lange nicht. Jetzt ist Zeit, eine erste Grüne Bilanz zu ziehen und uns zu fragen:

Was haben wir erreicht?



Minnaand Britikon

Sprecher der Europagruppe GRÜNE

Rebecca

Vorsitzende der Fraktion Die Grünen/EFA

Im vergangenen Jahr ist viel passiert. Die Weichen für die Zukunft der Europäischen Union sind mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon neu gestellt worden, eine neue EU-Kommission hat ihre Tätigkeit aufgenommen, zwei neue europäische Spitzenämter wurden eingeführt. Inhaltlich waren wir auf der Suche nach den richtigen, gemeinsamen, europäischen Antworten auf den Klimawandel, die Weltwirtschaftskrise, die Finanzkrise in Griechenland und viele, viele andere Fragen.

In der Europapolitik haben wir Grüne, ebenso wie viele Beobachter aus anderen Ländern der Union, die Rolle der deutschen Bundesregierung – die Rolle Deutschlands insgesamt – in etlichen Bereichen eher als bremsend denn voran treibend erlebt, eher von Vorbehalten geprägt als von der Bereitschaft zur Verantwortung. Der Tendenz zur Renationalisierung und zu bisweilen offenem Nationalismus in der deutschen Politik haben wir Grüne uns klar entgegen gestellt.

Wir sind überzeugt, dass es ein verheerender Fehler der deutschen Politik wäre, die Traditionslinie zugunsten stärkerer europäischer Integration abreißen zu lassen, die von Adenauer über Kohl

und Brandt bis zu Fischer reicht. In einem Europa, in dem sich in vielen Ländern Nationalismus und Chauvinismus ausbreiten, muss Deutschland „Spielmacher“ für einen gemeinsamen Weg nach vorne sein. Dabei sehen wir keinen Gegensatz zwischen wohlverstandenen deutschen Interessen und europäischer Orientierung.

Ohne eine Erneuerung des „europäischen Narrativs“, der „großen Erzählung“ von Europa, werden wir allerdings kaum erfolgreich sein. Was die BürgerInnen nicht wollen, ist das Europa der Hinterzimmerdeals, deren Sinn niemand erklärt; das Europa, das nicht um Begeisterung wirbt, sondern Sachzwänge verkündet. Ein Europa, das demokratische Spielräume öffnet, wo einzelne Staaten zu klein sind, das Vielfalt dabei tatsächlich als Chance versteht,

davon brauchen wir mehr. Und von einem Europa, das sich als nützlich erweist für die großen Herausforderungen, die uns gemeinsam betreffen, nämlich die nötige ökologische Revolution in der Wirtschaft durchzusetzen, für die Bürger- und Menschenrechte einzustehen, soziale Rechte zu verankern und vernetzte Sicherheit zu schaffen unter Einbeziehung neuer globaler Akteure.

Für so ein Europa setzen wir uns ein.//

Für so ein
Europa setzen
wir uns ein.

Ein Grüner New Deal für Europa

Einladung zu einem Grünen Aufbruch



Die Grünen Parteien Europas werben für einen Grünen New Deal, um Wirtschafts-, Gerechtigkeits- und Klimakrise gemeinsam zu begegnen. Denn nur wenn diese drei Krisen gemeinsam angegangen werden, kann der Weg in eine bessere Zukunft gelingen.

Wir Grüne setzen dabei auf drei Säulen: Erstens, die Neuregulierung der entfesselten Finanzmärkte, damit diese die Finanzierung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung sichern. Zweitens, den ökolo-

gisch-sozialen Umbau unserer Gesellschaft durch massive Investitionen in Klimaschutz, Demokratie und Gerechtigkeit, aber auch durch eine ökologische Industriepolitik. Und drittens, die Erneuerung des sozialen Ausgleichs – zwischen Nord und Süd ebenso wie zwischen Arm und Reich. Der Grüne New Deal ist das Leitmotiv unserer Arbeit im Europäischen Parlament, unser „gemeinsames Haus“, das unsere Initiativen und Projekte in diesem ersten Jahr und in Zukunft beherbergt.//

Aus der Krise um Finanzen, Wirtschaft, Armut und Klima führt nur ein gemeinsamer, europäischer Green New Deal und nicht mehr konkurrierendes nationalstaatliches Handeln.

Rebecca Harms



Grüne Impulse für die EU-2020-Strategie

Im Juni 2010 haben die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten gemeinsam die EU-2020-Strategie verabschiedet, die die wirtschafts- und sozialpolitische Grundausrichtung der Politik der Europäischen Union in den kommenden zehn Jahren skizziert. Die Grüne Fraktion hat in den letzten Monaten darauf hingewirkt, dass das darin formulierte Ziel einer nachhaltigeren Wirtschaft auch konkret umgesetzt wird. Wir wollen, dass die EU im Jahr 2020 für eine sozial gerechte ökologisch-industrielle Revolution steht. Dazu haben wir im zurückliegenden Jahr ein industriepolitisches Positionspapier vorgelegt und für die Ressourcen- und Energieeffizienz als Gemeinschaftsziel gekämpft. Eine Verpflichtung der EU auf ein CO₂-Reduktionsziel von „minus 30%“ war mehrheitlich leider nicht durchsetzbar. Zudem hat die deutsche Bundesregierung erfolgreich hintertrieben, dass anspruchsvolle Ziele zur Armutsbekämpfung festgelegt wurden.

In der Debatte über Solidarität mit Griechenland zeigten wir Flagge und setzten uns in Brüssel wie in Berlin für eine EU-Wirtschaftsregierung ein. Die unterschiedlichen, oft gegeneinander gerichteten Wirtschaftspolitiken der EU-Mitgliedsländer sind mit einer gemeinsamen Währung nicht vereinbar. Im Interesse von Stabilität und Beschäftigung brauchen wir endlich eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, die deutsches Lohndum-

ping genauso begrenzt wie die exzessive Schuldenmacherei in Südeuropa und die Niedrigsteuern in Luxemburg und Österreich. Auf unsere Initiative hin fasste das Europäische Parlament einen Beschluss zu grünen Jobs, der politische Strategien aufzeigt, die bisher in der EU-2020-Strategie fehlten. Darin wird nicht nur auf die Notwendigkeit für langfristige Rahmenbedingungen hingewiesen, damit die Arbeitsplatzpotenziale genutzt werden, sondern auch eine Verbindung zu guter Arbeit gezogen. Die Belgische Präsidentschaft hat den Ball aufgenommen und strebt einen Ratsbeschluss zu grünen Jobs an.//



Mit dem Green New Deal sind wir Grüne wirtschaftspolitisch stärker im Spiel als je zuvor. Diese Konzeption zeigt nämlich, dass es nur mit einer ökologisch-industriellen Revolution für unsere Ökonomien einen zukunftsfähigen Weg gibt.

Reinhard Bütikofer



Das Europäische Finanzsystem konsequent kontrollieren

Die EU und ihre Mitgliedsländer haben beschlossen, als Konsequenz der Krise das Finanzsystem umfassend zu regulieren und die Regeln durch eine

Wir brauchen Finanzmärkte, die die langfristigen Investitionen in den Green New Deal stemmen. Dazu muss die exzessive Kurzfristorientierung unprofitabel und die vielen Steuer- und Regulierungslücken geschlossen werden.

Sven Giegold

starke europäische Finanzaufsicht durchzusetzen. Leider ist davon bislang kaum etwas umgesetzt, was vor allem an der Trägheit der vorigen EU-Kommission lag. Auch haben sich die Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament und den Mitgliedsländern leider als schwierig herausgestellt. Im zuständigen Ausschuss für Wirtschaft und Währung ist es uns

Grünen gelungen, mit Sozialdemokraten, Konservativen und Liberalen ein Bündnis für starke europäische Finanzmarktregeln zu schmieden. Bei allen Unterschieden zwischen den Fraktionen sind doch die Regulierungsvorschläge des Parlaments ungleich konsequenter als das oft von Banken-, Versicherungs- und Fondslobbies getriebene Verhalten der Mitgliedsländer. Konkrete Grüne Erfolge bisher: Die weltweit strengsten Regeln für Managerbezahlung. Eine starke EU-Finanzaufsicht mit wichtigen Kompetenzen im Finanz-Verbraucherschutz und der Möglichkeit gefährliche Finanzprodukte zu verbieten. Aktuell ringen wir noch mit den Mitgliedsländern zum Beispiel um strenge Regeln für Hedge-Fonds, Derivate-regulierungen, die Einführung der Finanztransaktionssteuer und das Austrocknen von Steueroasen.//

Nachhaltig investieren statt weiter von Atomfusion träumen

Die Entscheidung des Europäischen Rats, das Atomfusionsprojekts ITER weiterhin voll zu unterstützen, ist nur ein Beleg für mangelnden Willen, den Zielen der EU-2020-Strategie auch Taten folgen zu lassen. Niemand weiß, ob und wann je die Atomfusion einen Beitrag zur Stromversorgung in der EU leisten wird können

und wohin der dabei entstehende Atom-müll soll. Das Problem der Endlagerung ist weltweit ungelöst und alle Projekte – nicht zuletzt in Deutschland – sind mit großen Problemen verbunden. In Kürze steht die Debatte zur EU-Atom-müllrichtlinie an. Eines ist jetzt schon klar: Eine einfache Lösung für

das Atom-müllproblem wird es nicht geben. Bei ITER beginnen die Probleme sogar schon vor dem Baubeginn. Die erwarteten Baukosten haben sich bereits verdreifacht. Schon in den zurückliegenden Monaten haben wir daher deutlich gemacht, dass wir in den anstehenden Haushaltsberatungen Einspruch gegen die Entscheidung des Rats

einlegen werden. Anstatt alleine 2012 und 2013 die Finanzierungslücken des ITER-Projekts mit 1,4 Milliarden Euro zusätzlich zu stopfen, wollen wir dieses Geld im Rahmen der EU-2020-Strategie weiterhin für Bildung, Armutsbekämpfung, Innovation, nicht-nukleare Forschung, Verkehrs- und Energienetze einsetzen.//



Über uns: Europagruppe GRÜNE in der Fraktion Die Grünen/EFA

Die Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament setzt sich seit den Wahlen im Juni 2009 aus 55 Mitgliedern aus 14 Ländern zusammen. Damit ist sie die viertstärkste Fraktion im Parlament und die einzige politische Gruppe, die im Vergleich zur vorherigen Legislatur Sitze hinzugewinnen konnte. Ko-Vorsitzende der Fraktion sind Rebecca Harms aus Deutschland und Daniel Cohn-Bendit, der für Frankreich ins Parlament gewählt wurde.

Die 14 deutschen Grünen Abgeordneten haben sich unter dem Namen

Europagruppe GRÜNE zusammengeschlossen und repräsentieren BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Fraktion und Europäischem Parlament. Zusammen mit der Gruppe der 14 französischen Abgeordneten von Europe Ecologie bilden sie die größte nationale Delegation.

Seit 1999 bilden die Grünen eine gemeinsame Fraktion mit der Europäischen Freien Allianz (EFA), einem Zusammenschluss von Regionalisten und demokratischen Nationalisten, die gegenwärtig mit sechs Abgeordneten vertreten sind.

Mehr Infos:
gruene-europa.de
facebook.de/europagruppe





Für eine grüne, gentechnikfreie
Landwirtschaft in Europa.

Martin Häusling

Für mehr GRÜN in der Gemeinsamen Agrarpolitik

Die Grüne Fraktion im Europäischen Parlament hat im zurückliegenden Jahr das Diskussionspapier „Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2013 – Grünes Wachstum oder Grüne Wende?“ erstellt und unsere Positionen für die ab Herbst anstehende, grundlegende Agrarreform für die Jahre ab 2014 erarbeitet. Wir wollen eine gerechte, nach ökologischen Grundsätzen orientierte Mittelverteilung, Spekulationen mit landwirtschaftlichen

Rohstoffen darf es nicht geben. Zugleich wollen wir weg von einer Politik der Subventionierung von Überschüssen, die an den Bedürfnissen der VerbraucherInnen vorbei geht. Wir brauchen regionale Modelle, bei denen die Nachvollziehbarkeit von Umwelt- und Tierschutzstandards gewährleistet wird. Auch bedeutet nachhaltige Produktion, in Europa nicht auf Kosten der Entwicklungsländer zu produzieren.//



Mit der Europäischen Bürgerinitiative erhalten die Bürgerinnen und Bürger Europas endlich ein echtes Mitspracherecht in der EU.

Gerald Häfner

Vorstellungen mittlerweile zunehmend mehr Unterstützung. Noch ist im parlamentarischen Verfahren nichts endgültig beschlossen. Doch die Zeichen stehen gut dafür, dass wir mit der EBI ein Instrument schaffen können, das transnationale politische Debatten von unten befördert und mit dem BürgerInnen künftig ein ernstes Wörtchen in der europäischen Politik mitreden können.//

Europas Demokratie weiter entwickeln

Wir Grüne setzen uns mit Erfolg dafür ein, dass Bürgerinnen und Bürger ein echtes Mitspracherecht in der EU erhalten. Erstes Vorhaben in diesem Zusammenhang ist die Europäische Bürgerinitiative (EBI). Mit ihr werden künftig eine Million Bürgerinnen und Bürger die Kommission dazu auffordern können, sich ernsthaft mit ihren Anliegen auseinanderzusetzen und Gesetzesvorschläge hierzu vorzulegen. Wir haben einen Vorschlag für ein offenes, praktikables und effizientes Verfahren zur EBI erarbeitet, der sich fundamental von den von Ängstlichkeit und Bürokratismus geprägten Vorstellungen in EU-Kommission und Rat unterscheidet. Trotz anfänglich scharfen Gegenwindes finden unsere wesentlich bürgerfreundlicheren

Europa vor Ort: die Kommunen

Die Europäische Union und die Kommunen sind viel enger miteinander verflochten, als noch immer viele glauben. So gehören die Kommunen zu den größten Auftraggebern in der EU. Viele öffentliche Ausschreibungen müssen nach den Vergaberegeln der EU getätigt werden.

Auf grüne Initiative hin nahm das Europäische Parlament mit großer Mehrheit einen Bericht über die „Neuesten Entwicklungen im öffentlichen Auftragswesen“ an. Dieser kritisiert, dass die angestrebte Vereinfachung und Entbürokratisierung mit den Vergaberichtlinien von 2004 nicht erreicht wurden. Vergabeverfahren wurden im Gegenteil verlangsamt und durch externe Rechtsberatung verteuert, die kommunale Organisationshoheit beschnitten. Kleine und mittlere Unternehmen leiden unter bürokratischen Verfahren und mangelnder Rechtssicherheit. Zu oft erhält das billigste und nicht das beste Angebot den Zuschlag. Rechtliche Unsicherheiten führen dazu, dass das große Potenzial der nachhaltigen Beschaffung zur Lösung der ökologischen und sozialen Herausforderungen nicht ausgeschöpft wird. Wir fordern daher klarere Regeln, Schulungen und Hilfestellungen, damit Kriterien für die nachhaltige Beschaffung zur Verfügung gestellt werden.//



Ich setze mich dafür ein, dass die kommunale Selbstverwaltung in Europa erhalten bleibt und dass öffentliche Beschaffungen von Kommunen, Ländern, dem Bund und Europa nach ökologischen und sozialen Kriterien erfolgen kann.

Heide Rühle

Grüne wollen Gutes Leben



Runter von der Klimabremse

Die Klimakonferenz unserer Fraktion „Von Bonn nach Cancun“ im April 2010 hat es erneut deutlich gemacht: Die Europäische Union muss ihre Post-Kopenhagen-Lähmung überwinden und eine neue Klimaoffensive starten. Die Erhöhung des EU-Reduktionszieles für Treibhausgasemissionen von 20 auf 30 Prozent bis zum Jahr 2020 ist genauso überfällig, wie eine Rückkehr der EU zu einer Führungsrolle in den internationalen Klimaverhandlungen. Wir Grüne machen Druck im Europäischen Parlament für mehr Engagement im Klimaschutz und gegen den einseitigen Fokus der europäischen Energieforschung auf das mehr als zweifelhafte Kernfusionsprojekt ITER. Vielmehr brauchen wir eine konsequente Förderung und den Ausbau erneuerbarer Energien und neuer, intelligenter Energienetze. Außerdem bereiten wir die anstehende Debatte zur EU-Atomüllrichtlinie vor. Das Problem der Endlagerung ist weltweit ungelöst und alle Projekte – nicht zuletzt in Deutschland – sind mit großen Problemen verbunden. Eine einfache Lösung wird es nicht geben.//

Gut für's Klima und die Menschen

Wir Grüne konnten im zurückliegenden Jahr durchsetzen, dass 115 Millionen Euro Restgelder aus dem EU-Konjunkturpaket in Projekte zur verbesserten Energieeffizienz in Europas Regionen fließen. Zudem unterstützen wir die ökologische Transformation in der Automobilbranche, denn nur sie ist Garant für zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze. Wir gaben außerdem eine Studie in Auftrag, um für seltene Rohstoffe in der öko-tech-Industrie Alternativen aufzuweisen.

Im Juli 2010 konnten wir einen großen Erfolg zum Schutz der Wälder weltweit verbuchen. Seit Jahren hat die EU den illegalen Holzeinschlag als einen der Hauptgründe für weltweite Entwaldung angeprangert, bot aber einen der größten Märkte für dieses Holz. Nun gilt endlich ein klares Verbot des Verkaufs von illegal eingeschlagenem Holz oder daraus gefertigten Holzprodukten, der auf grüne Initiative wesentlich restriktiver gefasst wurde. Dies ist zugleich auch ein Erfolg für den Klimaschutz, stammen doch rund 20 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen aus der Abholzung von Wäldern. Selbst Entwicklungsländer werden von dem Verbot profitieren, denn durch illegale Holzexporte entgehen ihnen Jahr für Jahr Milliarden Euro an Steuereinnahmen.//



Klimaschutz schafft Arbeit! Das ist nur ein Beispiel dafür, wie ökologisches Wirtschaften und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand gehen können. Solche Synergien wollen wir mit der Reform der europäischen Strukturfonds erreichen.

Elisabeth Schroedter

Für starke Regionen in Europa

Die Diskussion zur neuen Förderperiode der Kohäsionspolitik ab 2014 hat begonnen. Wir stehen dazu, dass der ökonomische und soziale Zusammenhalt der EU gemeinsam finanziert wird, wollen jedoch die Kohäsionspolitik neu ausrichten. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sagt wenig über den Wohlstand einer Region aus. Bisher hält die EU-Kommission jedoch noch am BIP als einzigem Bewertungskriterium fest. Wir wollen dem BIP zum Beispiel den so genannten Gini-Index für soziale Gerechtigkeit beifügen, auch um zu einer anderen Förder-

struktur zu kommen. Die

Gelder sollen nicht nur weitergereicht, sondern entsprechend den Herausforderungen des Klimaschutzes und des demographischen Wandels eingesetzt werden. Energetischen Gebäudesanierung, die Förderung erneuerbarer Energien und ihrer europaweiten Netze sowie die Aus- und Weiterbildungskampagne für grüne Jobs müssen Eckpunkte des neuen Förderkonzeptes werden.//

Wissen, was drin ist: für mündige VerbraucherInnen

In drei wichtigen Feldern gelangen uns Grünen wichtige Punktsiege in der politischen Auseinandersetzung: Mit dem Verbot von so genanntem Fleischkleber in Nahrungsmitteln konnten wir die beabsichtigte Irreführung von Verbrauchern durch die Nahrungsmittelindustrie verhindern. Das konsumentenfreundliche Energielabel wird auch in Zukunft Verbrauchern zeigen, ob ein technisches Gerät energieeffizient ist oder nicht. Und bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln konnten wir immerhin durchsetzen, dass zukünftig wichtige Informationen auf den Verpackungen der Produkte zu finden sind. Nur die Ampelkennzeichnung scheiterte knapp an einer Mehrheit aus vor allem Konservativen und Liberalen.

Getrübt wird diese Bilanz jedoch durch die Zulassung der Gentech-Kartoffel Amflora durch die EU-Kommission. Wir als Grüne im Europäischen Parlament fordern ein sofortiges Moratorium bei der Zulassung von Gen-Pflanzen, solange es in der EU kein einheitliches Risikomanagement und keinen ausreichenden Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft gibt. Pläne der Kommission, die Zulassungsverfahren zu renationalisieren, lehnen wir entschieden ab.

Wie erheblich die Mängel beim Tier- und Verbraucherschutz bezüglich dieser Risikotechnologie sind, zeigte die von uns vorgelegte Studie „Risiken und Folgen der Einführung geklonter Nutztiere für Agrarwissenschaft und Lebensmittelerzeuger“.//



Die Rolle der EU in den internationalen Klimaverhandlungen

Eine Veranstaltung der Fraktion Die Grünen/EFA am 29. und 30. April 2009 in Bonn

Auf der Klimakonferenz der Grünen Europafraktion am 30. April in Bonn diskutierten rund 200 Gästen, wie die weltweiten Klimaverhandlungen wieder an Fahrt gewinnen können und wie dabei die Rolle der Europäischen Union aussehen muss.

Unter den Referenten waren mit Yvo de Boer, Chef des UN-Klimasekretariats UN-FCCC, und Stavros Dimas, ehemaliger EU-Umweltkommissar, Personen, die an den

Klimaverhandlungen in vorderster Reihe beteiligt waren. Zu den Kernforderungen der Konferenz gehörte, dass die EU ihr Reduktionsziel für CO₂-Emissionen auf 30 Prozent bis 2020 erhöhen muss.

Cancun steht nun kurz bevor, ein starkes Signal der EU blieb bislang aus. Im Dezember wird sich zeigen, ob die Europäischen Union ihre Hausaufgaben gemacht hat.



Die Grüne Klimakonferenz in Bonn



Roth, Dimas und Harms (v.l.n.r.)

Alle Berichte, Fotos und Videos der Veranstaltung unter: <http://tiny.cc/bonn-cancun>

Verkehrswende gegen Klimawandel

Seit 1990 sind die CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich um 35 Prozent gestiegen, während sie durch Milliardeninvestitionen der Steuerzahler in der Industrie um 10 Prozent gesenkt werden konnten. Ein Umsteuern im Verkehr ist deshalb dringender denn je. Es gelang uns, das Ziel der Senkung der Emissionen aus Auto- und Luftverkehr um 20 Prozent bis 2020 im Bericht zur Zukunft des Verkehrs sowie die Bereitstellung von EU-Fördermitteln für nachhaltigen Tourismus zu verankern. Die Einführung umweltschädlicher



Der Verkehr in Europa ist zu billig, nur der umweltfreundliche ist zu teuer – und das ist politisch gewollt!

Michael Cramer

zu Gunsten des umweltschädlichen LKW-Verkehrs verhindert. Eine der größten Herausforderungen steht noch an: Wir wollen eine EU-weite LKW-Straßenmaut (Eurovignette) durchsetzen, um die externen Kosten zu internalisieren und umweltfreundliche Transportmittel zu stärken.//

Europa eine Seele geben: Europeana

Für uns Grüne kann die europäische Integration nur erfolgreich sein, wenn wir

Europa eine Seele geben. Auch dies ist für uns Teil der EU 2020-Strategie. Deswegen haben wir uns im zurückliegenden Jahr weiter stark gemacht für das Projekt der digitalen Bibliothek „Europeana“, das große, digitale Kulturprojekt der EU. Das Ziel von Europeana als öffentlicher Bibliothek im Netz ist, die kulturelle Vielfalt Europas für die BürgerInnen zugänglich zu machen und zwar weltweit. Europeana soll einfachen und schnellen Zugang zum kulturellen Erbe ermöglichen, zu Büchern, Filmen, Musik, Theaterstücken und anderem mehr. Mittlerweile sind 6 Mio Werke digitalisiert, bis Ende 2010 sollen es 10 Mio sein. Europeana ist ein ambitioniertes Projekt für die BürgerInnen Europas. Anders als Google ist das ein Projekt, bei dem öffentlicher Einfluss zählt. Europeana ist kein privater Konzern, sondern eine öffentlich finanzierte Kultureinrichtung. Urheberrechte werden geachtet, Künstler sollen fair bezahlt werden, Behinderte sollen einfachen Zugang haben.//



Die digitale Bibliothek soll ein kulturelles Flaggschiff für Europa werden. Unter der Prämisse: Einfacher Zugang zu Inhalten bei gleichzeitiger Einhaltung des Urheberrechtsschutzes sollen die BürgerInnen weltweit auf das kulturelle Erbe zugreifen können.

Helga Trüpel

Wo steht Europa

Wie soll Europa weiterentwickelt werden? Welchen Horizont wünschen wir uns für Europa und wo stehen wir momentan? Auf Einladung der Europa-gruppe GRÜNE und der Bundesarbeitsgemeinschaft Europa von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diskutierten am 2. Juli in Berlin rund 100 TeilnehmerInnen über die Euro-Krise und die zukünftige Ausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik.

Hauptredner Prof. Mario Monti, Präsident der Luigi-Bocconi-Universität (Mai-

land) und ehemaliger EU-Kommissar für Binnenmarkt und Wettbewerb machte in seinem Einführungsstatement mit dem Titel „Towards European dis-integration?“ deutlich, welche Risiken, aber auch Chancen in der Krise liegen.

Die Rede und die anschließende Debatte gibt es als Audio-Datei auf www.gruene-europa.de.



Außenwelt + Innenwelt = Eine Welt



Grüne Träger für Europas Diplomatischen Dienst

Mit dem Vertrag von Lissabon hat die EU nicht nur eine Hohe Repräsentantin für die Gemeinsame Außenpolitik erhalten, sondern auch einen eigenen Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). In diesen grüne



Mit mir wird der Auswärtige Dienst nicht zu einem Zigarre rauchenden Altherrenclub.

Dr. Franziska Brantner

Träger einzuziehen war eine zentrale Frage im Bereich der auswärtigen Politik der letzten Monate. So konnten wir durchsetzen, dass der EAD eine starke Menschenrechtsabteilung in Brüssel und Menschenrechtsexperten in allen EU-Botschaften erhält. Geschlechtergerechtigkeit ist nun verpflichtendes Prinzip bei der Auswahl der EU-DiplomatInnen – wir werden bei der Umsetzung sehr genau hinschauen, ob dieses Prinzip auch eingehalten wird. Institutionelle Entscheidungsverfahren sichern ab, dass entwicklungspolitische Ziele nicht geostrategischen Überlegungen untergeordnet werden. Es ist uns auch gelungen, die Parlamentskontrolle über Europas Außenpolitik auszuweiten. Auf Grünen Druck hin werden die Krisenmanagement-Abteilungen des EAD nicht nur militärische, sondern auch eigene zivile und friedensbildende Strukturen erhalten.//

Zivilgesellschaft in Russland weiter stärken

Bereits Ende 2009 hat das Europäische Parlament auf Vorschlag der grünen Fraktion die russische Menschenrechtsorganisation Memorial und die Menschenrechtsaktivisten Ludmila Alexejewa, Oleg Orlov

und Sergej Kowalew stellvertretend für alle Menschenrechtsaktivisten in Russland mit dem Sacharowpreis für geistige Freiheit ausgezeichnet. Es ist ein deutliches Zeichen, dass dieser Preis gerade im 20. Todesjahr von Andrej Sacharow erstmalig an russische Menschenrechtsaktivisten verliehen wurde. Ljudmila Alexejewa und Sergej Kowaljow sind enge Weggefährten von Sacharow gewesen und werden für ihren langen Kampf für die Durchsetzung von Menschenrechten in Russland geehrt. Für uns Grüne war dies ein wichtiges Symbol, denn es gilt auch weiterhin, die neuen Ansätze von Zivilgesellschaft in Russland zu stärken. Das Engagement der Ausgezeichneten macht deutlich, dass Freiheit und Demokratie im ehemaligen Ostblock nicht selbstverständlich sind, sondern in etlichen Ländern noch errungen werden müssen.//



Eine wirtschaftliche Modernisierung Russlands ist ohne gesellschaftliche Erneuerung nicht denkbar.

Werner Schulz

Menschenrechte gelten überall

Menschenrechte sind ein Querschnittsthema, und so spielte die grüne Menschenrecharbeit in vielen Bereichen eine Rolle. Im Menschenrechtsausschuss des Europäischen Parlaments standen unter anderem die Frage der Gewalt gegen Frauen im Kongo, die Aktivitäten des kolumbianischen Geheimdienstes gegen internationale Menschenrechtsinstitutionen oder auch die Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern auf der Tagesordnung.

Einen Schwerpunkt aus Grüner Sicht bildete die UN-Resolution 1325, die sich mit

der besonderen Situation von Frauen in kriegerischen Verhältnissen auseinandersetzt und die auch Thema von Veranstaltungen und einer Ausstellung war. Ein Hauptaugenmerk lag zudem in den letzten Wochen auf der Situation der Roma und den Massenabschiebungen seitens der französischen Regierung, in der wir einen klaren Verstoß gegen die EU-Grundrechtecharta sehen.

Auch in der EU-Iran-Delegation waren die Menschenrechte immer präsent. Dort berichteten iranische Frauenrechtlerinnen, Dissidenten und andere Oppositionelle über die Repression in ihrer Heimat.//



Besonders wichtig ist mir, dass der Menschenrechtsanspruch den die Europäische Union nach außen vertritt, auch in den EU-Mitgliedsstaaten selbst beachtet wird.

Barbara Lochbihler

Entwicklungspolitik ist Querschnittsthema

Mit dem unter Grüner Federführung entstandenen Parlamentsbericht zur „Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung“ ist es gelungen, den Grundsatz zu verankern, dass Entwicklungspolitik ganzheitlich gedacht werden muss. Schädliche Subventionen müssen in den reichen Ländern abgebaut und eine gerechtere Welthandelsordnung etabliert werden.

Ein weiteres, zentrales Thema war das Anti-Produktpiraterie-Abkommen (ACTA),

das von der Europäischen Union und anderen Staaten ausgehandelt wird und das für Entwicklungsländer erhebliche Auswirkungen auf deren Zugang zu Medikamenten haben kann. Auf Grüne Initiative wurde die Geheimniskrämerei der Verhandlungen beendet und der Verhandlungstext veröffentlicht. Auch wenn es noch einiges zu verbessern gibt, gelang es doch bereits, Patente aus dem wichtigsten Kapitel auszuklammern.//



Wir können nicht mit der einen Hand nehmen, was die andere gegeben hat. Alle Politiken mit Auswirkung auf die Entwicklungsländer müssen zur Armutsreduzierung beitragen. Hier brauchen wir eine Kehrwende in der EU.

Ska Keller

Fluchtgründe statt Flüchtlinge bekämpfen

Im Bereich Migration/Asyl haben sich mit dem Lissabon-Vertrag die Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments verbessert. Zurzeit widmen sich die zuständigen parlamentarischen Gremien der Revision des Frontex-Mandats, dem so genannten Asylpaket, in dem mehrere Asylrichtlinien zusammengefasst sind, sowie dem Rückübernahmeabkommen mit Pakistan, das das Parlament absegnen muss, damit es in Kraft tritt. Gerade die neue

Frontex-Regulierung muss aus Grüner Sicht mit einer Sicherung des Flüchtlingschutzes einhergehen. Dabei müssen die Menschenrechte im Vordergrund stehen und die Fluchtgründe anstatt der Flüchtlinge bekämpft werden. Dazu zählt auch, dass Migration endlich als Thema anerkannt wird, dem man nur mit europäischen Strategien gerecht wird. Zurzeit arbeiten wir daher an einem europäischen Konzept für legale Migration.//

Mehr Mitsprache in der Innen- und Justizpolitik

Wenn auch nur eines von mehreren Themen im zurückliegenden Jahr, so hat das Abkommen zum Austausch von SWIFT-Bankdaten zwischen den USA und der EU sicherlich am meisten die politische Arbeit im Bereich Innen- und Justizpolitik geprägt. Die Grüne Fraktion war maßgeblich an der ablehnenden Haltung des Parlaments bezüglich der ersten Fassung des SWIFT-Abkommens beteiligt, das massive Verstöße gegen Datenschutz und Bürgerrechte enthielt. Selbst wenn wir uns mit unseren Bedenken auch gegen die zweite Fassung nicht durchsetzen konnten und das Parlament dieser letztlich vor der Sommerpause zustimmte, so zeigt die Debatte um

SWIFT doch, wie der Vertrag von Lissabon dem Parlament die Möglichkeit gibt, ein Gegengewicht zu EU-Kommission und Rat zu bilden.

Analog verhält es sich für alle Bereiche der europäischen Justiz- und Polizeikooperation, die unter die Gemeinschaftskompetenz fallen. Dazu werden mit dem so genannten Stockholmer Rahmenprogramm für die Innen- und Justizpolitik der EU eine ganze Reihe von neuen Gesetzesvorhaben auf das Parlament zukommen, bei denen es darum gehen wird, möglichst viele grüne Konzepte einfließen zu lassen.//



Die Innen- und Rechtspolitik wird besonders auf europäischer Ebene immer wichtiger. In Zeiten von Digitalisierung und Globalisierung braucht es starke Grüne, die für den Erhalt von Grundrechten und Rechtsstaatsprinzipien eintreten. Dabei gilt für uns: Freiheit statt Angst!

Jan Philipp Albrecht

Ein Blick auf die kommenden Monate

Einige Punkte sind abgearbeitet auf der Agenda, doch noch vielmehr gibt es in den kommenden Monaten zu tun. Vor allem wird sich in Europa in den nächsten Monaten viel ums Geld und die damit verbundenen Weichenstellungen drehen.

So beginnen die Verhandlungen rund um die Neuausrichtung der Gemeinsamen Landwirtschaftspolitik der EU, die Zukunft der europäischen Struktur- und Kohäsionsfonds und die so genannte „finanzielle Vorausschau“, also die Fragen, über wie viel Geld die Europäische Union ab 2014 verfügen wird, welches Mitgliedsland wie viel beisteuern muss und wie und für was es verteilt wird. Außerdem wird die Europäische Union auf der nächsten UN-Klimakonferenz Ende des Jahres in Cancun zeigen müssen, ob sie

endlich wieder ihre einstige Vorreiterrolle einnehmen will oder nicht. Wir werden Kommission und Rat an ihren Taten messen bei den Maßnahmen zur CO₂-Reduktion oder auch der Steigerung der Energieeffizienz. Aber auch in der Innen- und Rechtspolitik (neue Richtlinien zur Asyl- und Migrationspolitik im Stockholm-Programm) oder in der Außenpolitik (finale Ausgestaltung des Europäischen Auswärtigen Dienstes) und der Finanz- und Wirtschaftspolitik (Konzept einer Europäischen Wirtschaftsregierung) stehen Projekte an, die die Europäische Union nachhaltig prägen werden.

Wir als Europagruppe GRÜNE gehen voller Tatendrang in die politischen Debatten, wollen uns einmischen und für unsere Ideen und Konzepte werben.



Jetzt schon vormerken: Termine 2011

Januar/Februar:

„Wo steht Europa?“

Jahresauftaktveranstaltung der Europagruppe GRÜNE
Berlin, Deutschland

3. - 4. März:

Europe in Transformation.

Konferenz, Auftaktveranstaltung zur Europäischen Grünen Sommeruniversität 2011
Poznan, Poland

27. - 29. Mai:

Green European Local Councillors Conference

Konferenz europäischer Kommunalpolitiker_innen
Berlin, Deutschland

8. - 11. September:

Europäische Grüne Sommeruniversität

Zweite Sommeruniversität der Fraktion Die Grünen/EFA
Frankfurt/Oder, Deutschland - Slubice, Polen

Impressum

Fraktion Die Grünen/EFA
im Europäischen Parlament
Europagruppe GRÜNE
ASP 8 G 306
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel

www.gruene-europa.de
info@gruene-europa.de

Stand: Oktober 2010

Fotos:

Titelbild: complize / photocase.com

Seite 3: jortgies / photocase.com

Seite 9: cris dahm / photocase.com

Seite 15: Saimen. / photocase.com

Seite 20: undrez / photocase.com

